



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GD BESCHÄFTIGUNG., SOZIALES UND CHANCENGLEICHHEIT

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel

Sozialer Dialog, Arbeitsbeziehungen

SEKTORALER SOZIALER DIALOG (SSD)

IM GASTGEWERBE

Vollsession

15. Juni 2009

Zusammenfassung der getroffenen Entscheidungen

Teilnehmerliste:

Für EFFAT:

Harald Wiedenhofer
Kerstin Howald
Rudolf Komaromy
Aage Jensen
Zsolia Sütö
Zsolt Horvath
Pál Kovács
Emilio Fagnoli
Tito Livio Mongell
Gabriele Guglielmi
Gabriele Fiorino
Emilio Ferrero López
Fernando Medina
Josef Bugeja
Kevin Camilleri
Sirpa Leppakangas
Christian Juyaux
Doudou Konate
Michel Légalité

Für HOTREC:

Marguerite Sequaris
Martin Couchman
Alessandro Nucara
Jostein Hansen
István Kovács
Ferenc Kiss
Lajos Bököcz
Szabina Szikora
Edina Törö
Aki Raudas
Dominique Teissèdre
Alexia Bonnot
Kent Nyström
Susanne Svärd Elfström
Emilio Gallego Zuazo
Isabel Sobrino Maté

Geladene Gäste:

Monica Basile, Associazione Albergatori Trentini, Federalberghi
Barbara Maffei, Club Qualità Parco
Pernille Lehm, NP Hotels

Für die Kommission:

Elisabeth Aufheimer, GD EMPL (Vorsitz)
Renate Penitz, GD ENTR
Ursula Scheuer, GD EMPL

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Sie verliest die Tagesordnung, die dahingehend geändert wird, dass Tagesordnungspunkt 5 dem Punkt 3 und Tagesordnungspunkt 6 dem Punkt 4 vorgezogen werden.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der letzten Vollsitzung (2. Dezember 2008)

Das Protokoll wird genehmigt.

5. Soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)

- Vorbildliche Verfahren: Präsentation von zwei CSR-Verfahren im Gastgewerbe
 - Italien
 - Dänemark

Frau Monica Basile und Frau Barbara Maffei stellen den Club Qualità Parco (Provinz Trentino) vor, bei dem es sich um ein Zertifizierungsprojekt im Bereich lokale Umwelt und Marketing handelt.

Die Präsentation kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_presentation/_EN_1.0_&a=d

Herr Couchman (HOTREC) hebt hervor, dass dieses Projekt kleineren Unternehmen eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit biete. Umweltfragen müssten gebührend berücksichtigt, und Nationalparks als neuer Bestandteil des Tourismus sollten gefördert werden. Auf eine Frage von Herrn Wiedenhofer (EFFAT), ob beim Verfahren der Zertifizierung der Nachhaltigkeit auch Beschäftigungs- und sozialen Fragen Rechnung getragen werde, hebt Herr Nucara (HOTREC) hervor, dass Sozialstandards ebenfalls berücksichtigt würden, dass alle Arbeitgeber in der Region dem Arbeitgeberverband angeschlossen seien und die mit den italienischen Gewerkschaften geschlossenen Tarifverträge eingehalten würden.

Frau Permlle Lehm stellt das Thema CSR in NP Hotels in Dänemark in einer Präsentation vor.

Die Präsentation kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_presentation_1/_EN_1.0_&a=d

Auf die Fragen von Herrn Jensen (EFFAT) führt Frau Lehm aus, dass NP Hotels im Fall einer Ausgliederung einen gewissen Einfluss geltend machen könnten, um zu gewährleisten, dass die Arbeitsbedingungen, die dem Personal in den NP Hotels garantiert seien, auch nach der Ausgliederung beibehalten würden. Im Hinblick auf ältere Arbeitnehmer lautet die Philosophie, diese zu behalten, falls sie bleiben wollten, und eine Mischung aus jüngeren und älteren Mitarbeitern anzustreben.

3. Kompetenzpass

- Antrag auf Finanzierung des Projekts „Auf dem Weg zur Einführung eines Europäischen Kompetenzpasses im Gastgewerbe“ – Aktueller Stand
 - Veröffentlichung der Ausschreibung
 - Weitere Maßnahmen

- Vorbereitungsphase (1. Juni 2009 – 15. April 2010)
- Überprüfungsphase (19. April – 1. Juni 2010)

Frau Howald (EFFAT) berichtet über die derzeitige Situation und setzt die Teilnehmer davon in Kenntnis, dass das EFFAT-/HOTREC-Projekt „Auf dem Weg zur Einführung eines Europäischen Kompetenzpasses im Gastgewerbe“ von der Europäischen Kommission genehmigt worden sei.

In Bezug auf die nächsten Schritte führt Frau Howald aus, dass die offizielle Ausschreibung am 12. Juni 2009 veröffentlicht worden sei. Die Ausschreibungsunterlagen seien den potenziellen Bietern per E-Mail und per Einschreiben zugeschickt worden.

Bezüglich der Erprobungsphase erklärt Frau Howald, dass EFFAT und HOTREC am 3. Juni 2009 ein gemeinsames Schreiben an die nationalen Gewerkschaften und Fachverbände in Ungarn, Irland, Italien, Malta und Spanien geschickt und sie gebeten hätten, ihr Interesse an einer gemeinsamen Mitwirkung an der Erprobungsphase zu bestätigen. Die Sozialpartner aus Irland, Malta und Italien hätten bereits ihre Bereitschaft an einer Mitwirkung an dieser ersten Phase bestätigt. Die Antworten aus Spanien und Ungarn würden in Kürze erwartet.

Der Lenkungsausschuss des Projekts trete am 30. Juni zur Bewertung der Angebote und zur Auswahl des externen Sachverständigen zusammen.

Im April 2010 werde eine Konferenz stattfinden. Das Projekt müsse bis Juni 2010 abgeschlossen werden.

Frau Aufheimer (Europäische Kommission) berichtet über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen EURES und dem Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog in der Landwirtschaft zur Ausarbeitung einer neuen Taxonomie. Infolgedessen könnte der AGRIPASS in das EURES-Portal integriert werden. In relativ naher Zukunft werde dies auch Auswirkungen auf die Kompetenzpässe anderer Ausschüsse wie z. B. im Gastgewerbe haben.

4. Nicht angemeldete Erwerbstätigkeit/Illegale Arbeitspraktiken

- Zusammenhänge zwischen Mehrwertsteuersätzen/Sozialversicherungsabgaben und nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit

Frau Bonnot (HOTREC) stellt in einer Präsentation das Thema „Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für französische Gaststätten in Verbindung mit der Frage der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit“ vor.

Die Präsentation mit dem Titel „The reduction of VAT rate for French restaurants related to the issue of undeclared work“ (in englischer Sprache) kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_presentation_3/ EN 1.0 &a=d

Die Mehrwertsteuerreduzierung beruht auf einem so genannten „Zukunftsvertrag“ („contrat d’avenir“), der im April 2009 von der französischen Regierung und einer Reihe von französischen Fachverbänden unterzeichnet wurde.

Die französischen EFFAT-Vertreter erklären, dass die Angestellten und Arbeitnehmer zu keinem Zeitpunkt dazu angehört worden seien und diesen Vertrag auch nicht unterzeichnet hätten.

In der darauf folgenden Diskussion äußern die beiden spanischen EFFAT-Vertreter Zweifel an einem Zusammenhang zwischen Mehrwertsteuer und nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit. Den Aussagen beider Gewerkschaftsvertreter zufolge ist die Reduzierung der Mehrwertsteuer keine Lösung zum Abbau nicht angemeldeter/illegaler Erwerbstätigkeit. Sie betonen, dass zum Abbau nicht angemeldeter/illegaler Erwerbstätigkeit andere Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Herr Couchman (HOTREC) merkt an, dass diese Frage auf der Tagesordnung der SSD-Ausschusssitzung stehe und die Sozialpartner vor einigen Jahren eine gemeinsame Erklärung zur Reduzierung der Mehrwertsteuersätze unterzeichnet hätten. Er verweist auf den engen Zusammenhang zwischen Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsabgaben einerseits und nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit andererseits. Er weist darauf hin, dass hohe Mehrwertsteuersätze nicht die einzige Ursache für nicht angemeldete/illegale Erwerbstätigkeit seien, sondern sie durchaus auch Auswirkungen auf das Ausmaß der nicht angemeldeten/illegalen Erwerbstätigkeit hätten.

Der österreichische EFFAT-Vertreter verweist nachdrücklich darauf, dass die Umgehung von Sozialversicherungsabgaben die Hauptursache von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sei. In Österreich sehe er keinen Zusammenhang zwischen einer Reduzierung der Mehrwertsteuer und nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit.

Herr Juyaux (EFFAT) schlägt vor, die Auswirkungen der Mehrwertsteuerreduzierung in Frankreich in einem Jahr zu bewerten.

Herr Wiedenhofer (EFFAT) merkt an, dass die Sozialpartner diese Frage seit Jahren diskutierten. Die Diskussion im Hinblick auf die gemeinsame Erklärung beziehe sich immer auf die Frage, wie die Beschäftigung gefördert werden könne. Initiativen seien dann erfolgreich, wenn sie von jedem Einzelnen mitgetragen würden, sofern es sich um gemeinsame Initiative handle. Dies sei in Frankreich nicht der Fall, denn dort seien die Gewerkschaften nicht mit einbezogen worden.

Frau Howald (EFFAT) hebt hervor, dass es in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Ansätze bezüglich der Frage der Bekämpfung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit gäbe. Sie schlägt vor, eine Übersicht über die Vorgehensweisen in den Mitgliedstaaten, über die Auswirkungen unterschiedlicher Maßnahmen, über die eingegangenen Verpflichtungen und über die Art ihrer Umsetzung zu erstellen. Ferner regt sie an, diese Frage auf der nächsten Sitzung des Lenkungsausschusses zu erörtern, um eine gemeinsame Erklärung zum Thema nicht angemeldete Erwerbstätigkeit zu erstellen,

Sie schlägt vor, die EFFAT-Erklärung zur nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit als Grundlage für die künftige Arbeit von EFFAT und HOTREC zu diesem Thema heranzuziehen.

Martin Couchman weist darauf hin, dass eine gemeinsame Position von HOTREC und EFFAT zur nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit einen ausgewogenen Mittelweg zwischen den Ursachen von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und den möglichen Maßnahmen darstelle, die ergriffen werden müssten.

Es wird vereinbart, die Arbeit zur Frage der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit fortzusetzen.

6. Freizügigkeit der Arbeitnehmer

- Innerhalb der EU
- aus Drittländern

Frau Scheuer (Europäische Kommission) stellt das Thema „Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der Europäischen Union“ in einer Präsentation vor.

Die Präsentation mit dem Titel „Free movement of workers in the European Union“ (in englischer Sprache) kann von folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_presentation_2/ EN 1.0 &a=d

Die französischen und spanischen EFFAT-Vertreter erkundigen sich, ob es Probleme mit den Systemen der sozialen Sicherheit in Verbindung mit grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit und der Entsendung von Arbeitnehmern gäbe. Frau Scheuer empfiehlt, einen Kontakt zwischen den Sozialpartnern und einem ihrer Kollegen herzustellen, der sich mit Fragen der sozialen Sicherheit befasse.

Auf eine Frage von Frau Howald (EFFAT) erklärt Frau Scheuer, dass die konkreten Daten zur Mobilität im Bericht der Kommission über Übergangszeiten zu finden seien. Die Mobilität liege bei durchschnittlich 2 % und sei leicht im Ansteigen begriffen, derzeit aufgrund der Krise allerdings wieder rückläufig.

Im Hinblick auf Drittstaatsangehörige erläutert Frau Scheuer, dass die Richtlinie über die Blaue Karte EU („Blue Card“) über die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung vom Rat am 25. Mai 2009 angenommen worden sei.

Innerhalb des Rates sei jedoch keine Einigung bezüglich der Richtlinie über ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis und ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsangehörige erzielt worden.

Frau Scheuer berichtet den Teilnehmern, dass die Kommission plane, Vorschläge für zwei neue Richtlinien über

- Saisonarbeitnehmer
- Innerbetrieblich versetzte Personen

vorzulegen.

Herr Bugeja (EFFAT) dankt HOTREC für den wichtigen Beitrag zu den letzten Mittelmeer-Konferenzen sowie der Kommission für die Finanzierung dieser Projekte. Diese Konferenzen seien eine gute Gelegenheit, um die Diskussionen über bestimmte Themen zu vertiefen. Eine 5. Mittelmeer-Konferenz sei jetzt in der Planung; auf dieser Konferenz sollten die Ergebnisse der vorangegangenen Initiativen zusammengefasst werden. Er bittet HOTREC um Unterstützung des Projekts und um eine Zusammenarbeit zu den Themen Zuwanderung, Mobilität und Saisonarbeit.

7. Sachverständigenausschuss „Entsendung von Arbeitnehmern“

- Aktueller Stand

HOTREC versteht nicht, weshalb dieser Sektor als Teilnehmer an diesem Ausschuss aufgeführt wurde. Für EFFAT gibt es Bereiche, die Anlass zur Sorge bereiten, insbesondere im Bereich der Reiseveranstalter, die ihr eigenes Personal an die Reiseziele bringen, wo es in den Beherbergungsstätten tätig sei und auch Speisen zubereite und serviere. EFFAT beabsichtigt daher, weiter an diesem Sachverständigenausschuss mitzuwirken.

Martin Couchman bittet EFFAT, HOTREC mögliche Fälle von entsandten Arbeitnehmern im Gastgewerbe mitzuteilen.

HOTREC wird auch an den nächsten Sitzungen des Sachverständigenausschusses „Entsendung von Arbeitnehmern“ weiter teilnehmen.

8. Wirtschaftskrise: Diskussion über verschiedene Maßnahmen, die auf nationaler/regionaler sowie auf Unternehmensebene getroffen wurden

Herr Couchman (HOTREC) verweist auf ein Schreiben des HOTREC-Präsidenten an den Präsidenten der Europäischen Kommission zum Thema bessere Rechtsetzung. Die neue Mitteilung der Kommission „Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“ wird auf der nächsten Sitzung des Lenkungsausschusses am 16. September 2009 erörtert. Anmerkungen zu einer Sitzung zum Thema Krise und Markterholung, die zu Beginn dieses Monats in Prag stattgefunden hat, werden verteilt.

Frau Howald (EFFAT) erinnert an die Diskussionen zur Wirtschaftskrise, die im März auf der EFFAT-Generalversammlung sowie auf den Sitzungen des SSD-Lenkungsausschusses stattgefunden haben. Sie unterstreicht, dass die Sozialpartner ein gemeinsames Interesse daran hätten, Lösungen für einen Weg aus der Krise und Möglichkeiten zur Bewältigung der damit verbundenen Beschäftigungsprobleme zu finden. Die vorbildlichen Verfahren zeigten, dass die Sozialpartner zuweilen in der Lage seien, zusammen mit den Regierungen Lösungen zu finden. Sie führt einige vorbildliche Verfahren aus Malta und Slowenien an. Die Sozialpartner sollten die Situation überwachen und nach Beispielen vorbildlicher Verfahren suchen und Informationen darüber austauschen. Ihr Vorschlag lautet, einen positiven Ansatz bezüglich der Frage zu verfolgen, wie die Auswirkungen der Krise auf den Sektor gemindert und wie die Krise genutzt werden könnte, um den Sektor besser auf die Zukunft vorzubereiten.

Herr Nyström, HOTREC-Präsident, verweist nachdrücklich auf die Bedeutung des sozialen Dialogs. Er erklärt, dass die Personalkosten zwischen 30 % und 40 % variierten und dass viel Geld für Personalschulungsmaßnahmen ausgegeben werde. Die Entlassung von Mitarbeitern sei eine der letzten Maßnahmen überhaupt, zu denen Arbeitgeber greifen wollten, doch angesichts der weltweiten Krise sei man gezwungen zu handeln. Unternehmen müssten Gewinne zur Sicherung ihrer Zukunft erwirtschaften. Die Regelungen, die es in manchen Ländern gäbe, um Unternehmer daran zu hindern, solche Maßnahmen zu ergreifen, seien nicht besonders flexibel. Bezüglich der EFFAT-Pressemitteilung vom April 2009 äußert er sich überrascht.

Die EFFAT-Vertreter aus Spanien, Italien und Malta führen aus, dass man die Krise nicht als Vorwand nutzen dürfe, um Menschen dafür bezahlen zu lassen, indem man sie entlasse. Da der Sektor leide, allerdings aufgrund von externen Faktoren, müssten die erforderlichen Werkzeuge zur Bewältigung der Krise eingesetzt werden. Auslagerungen und Entlassungen seien als Konzept zur Bekämpfung der Krise nicht angemessen. Flexible Arbeitszeiten und Qualifizierungsmaßnahmen beispielsweise seien Instrumente, die hierfür sehr viel eher in Frage kämen.

Herr Wiedenhofer (EFFAT) dankt Herrn Nyström für seine Teilnahme an der Vollsitzung und für seine konstruktive Kritik an der EFFAT-Pressemitteilung. Er weist darauf hin, dass in der EFFAT-Pressemitteilung nicht von Arbeitgebern generell die Rede sei, sondern lediglich auf die schwarzen Schafe hingewiesen worden sei, eine Minderheit, die die Krise als Vorwand nutze. Er verweist nachdrücklich darauf, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften ein gemeinsames Interesse daran hätten, das Problem dieser schwarzen Schafe zu lösen, um für einen fairen Wettbewerb in dem Sektor zu sorgen. Die Sozialpartner hätten außerdem ein gemeinsames Interesse daran, die Krise zu überbrücken. In den alten Mitgliedstaaten könnten die Sozialpartner Arbeitsmarktinstrumente für flexible Lösungen in Krisenzeiten nutzen, obwohl diese nicht immer voll ausgeschöpft würden, doch in den meisten neuen Mitgliedstaaten gäbe es solche Instrumente gar nicht, was ein Zeichen für den schwachen sozialen Dialog sei. Dem Ansatz der Gewerkschaften zufolge sollten die Sozialpartner zusammen mit den nationalen Arbeitsverwaltungen versuchen, Entlassungen und den Verlust von qualifiziertem Personal zu verhindern, und die vorhandenen Instrumente nutzen, d. h. EU-Fonds für Schulungsmaßnahmen zur Verhinderung von Entlassungen und zur Bewältigung der Krise.

9. Aktuelle Entwicklungen im sozialen Bereich

Frau Aufheimer (Europäische Kommission) gibt einen kurzen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im sozialen Bereich.

- Mitteilung zum sozialen Dialog: Die Annahme dieser Mitteilung wurde verschoben, wahrscheinlich auf Dezember 2009.
- Arbeitszeitrichtlinie: Parlament und Rat konnten zu drei Kernpunkten keinen Kompromiss finden: Opt-Out-Regelungen, Bereitschaftsdienst und Mehrfachverträge. Da keine Einigung erzielt werden konnte, bleibt die derzeitige Richtlinie in Kraft, obwohl die Kommission die Möglichkeit hat, einen von Grund auf neuen Vorschlag zu entwerfen. Solche Rechtsvorschriften müssen auch den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zum Bereitschaftsdienst Rechnung tragen.
- Europäische Betriebsräte: Die neue Richtlinie wurde angenommen. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um sie in nationales Recht umzusetzen.
- Blaue Karte EU („Blue Card“): Der Rat hat die „Blaue Karte EU“ angenommen. Inhaber der Blauen Karte EU kommen im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen, die Vereinigungsfreiheit, die allgemeine und berufliche Bildung, die Anerkennung von Befähigungsnachweisen usw. in den Genuss der gleichen Behandlung wie Staatsangehörige der Mitgliedstaaten, die die Blaue Karte EU ausstellen.
- Diskriminierungsfragen: Die Rahmenvereinbarung zum Elternurlaub wird am 18. Juni 2009 offiziell unterzeichnet.

10. Aktuelle Entwicklungen im Bereich Tourismus

Frau Penitz, GD ENTR, verweist auf die Initiativen der GD ENTR im Bereich Tourismus:

Das Referat Tourismus hat mit der Durchführung der neuen vorbereitenden Maßnahme zum Sozialtourismus „Calypso“ begonnen. Es ist geplant, die wichtigsten bewährten Verfahren zur Förderung des Tourismus in der Nebensaison zu katalogisieren und auf diese Weise Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, wenn die Nachfrage im Tourismus traditionell gering ist. Es wurde eine Ausschreibung für eine umfassende Studie veröffentlicht mit dem Ziel, einen Mechanismus vorzuschlagen, der auch der Tatsache Rechnung tragen soll, dass es bestimmte Zielgruppen (ältere Mitbürger, Jugendliche, Behinderte und Familien in einer schwachen sozialen Lage) gibt. Diese Studie soll im Herbst 2009 anlaufen, erste Ergebnisse sollen spätestens im Frühjahr 2010 vorliegen.

Im Hinblick auf die Studie über die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusindustrie in der EU wurden zwei Erhebungen durchgeführt:

- eine Flash-Eurobarometer-Erhebung (im Februar 2009):

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemshortdetail.cfm?item_id=3079&tpa_id=136&lang=en

- eine Erhebung bei KMU über die Angebotspolitik im Tourismus (anhand eines internen Konsultationswerkzeugs der Kommission im Rahmen des Netzwerks Enterprise Europe).

Die Dokumente können unter folgenden Adressen heruntergeladen werden:

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_accommodation/ EN 1.0 &a=d

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_gastronomy/ EN 1.0 &a=d

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=horeca/2009/20091506_plenartagung/20090615_results/EN_1.0_&a=d

Im Juni wurde der Zwischenbericht dieser Studie, zu dem auch die Gruppe für die Nachhaltigkeit des Tourismus einen Beitrag geleistet hat, vorgelegt; die vollständigen Ergebnisse der Studie sollen bis spätestens September 2009 vorliegen.

Das Europäische Tourismus-Forum 2009 findet am 9. Oktober in Brüssel statt; im Mittelpunkt steht in diesem Jahr die Wirtschaftskrise. Im Hinblick auf diese Veranstaltung plant das Referat Tourismus derzeit die Durchführung einer weiteren Eurobarometer-Umfrage kleineren Umfangs.

In Bezug auf das Projekt Calypso verweist Herr Gallego Zuazo (HOTREC) nachdrücklich auf die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass man KMU so oft wie möglich die Gelegenheit bieten sollte, an Projekten dieser Art mitzuwirken, die sehr vorteilhaft für sie seien.

11. Verschiedenes: -

12. Nächste Sitzungen 2009

30. Juni 2009 (noch zu bestätigen)	Sondersitzung des SSD-Lenkungsausschusses (zur Bewertung der Angebote)
16. September 2009	SSD-Lenkungsausschuss
13. November 2009	SSD- Lenkungsausschuss
1. Dezember 2009	SSD-Vollsitzung
Sitzungen des Verbindungsforums	
25. Juni 2009	Verbindungsforum (10.00-13.00 Uhr)
21. September 2009	Verbindungsforum (14.00-17.00 Uhr)
7. Dezember 2009	Verbindungsforum (14.00-17.00 Uhr)
Sondersitzungen	
22.-23. Juni 2009	Forum zum Thema Umstrukturierung: „Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigung“, Brüssel
2. Juli 2009	Konferenz „Wege zur Bekämpfung arbeitsbedingten Stress in der EU“
9. Oktober 2009	Europäisches Tourismus-Forum, Brüssel